

Protokoll:

Rm Kaiser (FDP) schildert, es bestehe für einpendelnde Arbeitnehmer keine Möglichkeit, auf das Anwohnerparken zurückzugreifen und dass diese besonders vom Wegfall der Parkplätze betroffen seien. Es wäre mehrfach erwähnt worden, diese Gruppe solle auf „Park and Ride – Parkplätze“ ausweichen, doch diese Art von Parkplätzen sei in Koblenz bezüglich der werktäglichen Benutzungsmöglichkeit noch nicht ausgereift. Die Fraktion fordere die Verwaltung auf, zusammen mit den Nahverkehrsbetreibern ein Konzept zu entwickeln, um den einpendelnden Arbeitnehmern eine Alternative zu bieten.

Beigeordneter Prümm trägt die Stellungnahme (ST/0112/2010) der Verwaltung vor.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann weist daraufhin, dass der Antrag nichts Neues beinhalte, abgesehen von dem Vorschlag, die Preise zu senken. Dies würde aber bedeuten, die Stadt müsse dem Verkehrsverbund zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. Freiwillige Leistungen seien bei den aktuellen Haushaltsdiskussionen inakzeptabel.

Die Fraktion schlage einen Änderungsantrag vor. Dieser laute wie folgt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, mit der VRM zu erörtern, ob die jetzige Mindestteilnehmerzahl von 50 pro Unternehmer verringert werden kann.“

Dann wäre es eventuell möglich, in einigen Unternehmen das Jobticket einzuführen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bekundet den Vorschlag der Verwaltung, die Thematik in den Fachbereichsausschuss IV zu überweisen.